

Staatsformen zu verstärken. Dazu bedarf es zunächst der Verbesserung der politischen Bildung in den Oberstufen der Schulen durch eigene Unterrichtsstunden zu diesem Thema unter der Leitung sachkundiger, objektiver und praxisorientierter Lehrer.

Dies ist angesichts des in der Europäischen Union einzigartigen Wahlsystems von 16 Jahren besonders wichtig. Die Lehrer wiederum stellen Multiplikatoren dar und müssen daher besonders ausgebildet und informiert sein.

Da also in allen Altersstufen Verständnis für das Funktionieren eines Staates notwendig ist, hat beispielsweise das österreichische Parlament für Acht- bis 14-/15-Jährige die sogenannte „Demokratiwerkstatt“ geschaffen, bei der derzeit in sechs Workshops demokratische Inhalte vermittelt werden. Darüber hinaus wurde ein „Jugendparlament“ installiert, bei dem Schüler der 9. Schulstufe die Politik und deren Funktionen dadurch erleben, dass sie die Rolle von Abgeordneten einnehmen, wodurch sie später im Alltag entsprechend motiviert werden sollen. Eine vergleichbare Einrichtung gibt es auch für Lehrlinge, das sogenannte Lehrlingsparlament.

Mitwirkung der Bevölkerung

Aber auch für Erwachsene sollte es vermehrt die Möglichkeit geben, objektive und inhaltliche Informationen über Politik zu erhalten. Dies könnte beispielsweise durch öffentliche Veranstaltungen bzw. sogar durch rechtzeitige Mitwirkung der Bevölkerung am parlamentarischen Geschehen erfolgen. Ein richtiger Schritt in diese Richtung ist die mögliche Onlineunterstützung von Bürgerinitiativen und Petitionen auf der Homepage des Parlaments durch die Bürger.

Besonders erwähnenswert ist ein neu geschaffenes Begutachtungsverfahren, wonach Bürger bereits im Vorfeld zu Gesetzesentwürfen auf der Homepage des Parlaments Stellung nehmen können. Eine wesentliche Rolle spielen in

diesem Zusammenhang Fernseh- und Radiosendungen sowie Leitartikel in Printmedien, die sich mit diesem Thema befassen.

Senioren als Leuchttürme

Nachdem die Menschen immer älter werden und die Zahl rüstiger Senioren, die an Weiterbildung interessiert sind, ständig steigt, sollte man beispielsweise die Möglichkeit – für alle Bürger – schaffen, das Fach „Politische Bildung“ an Volkshochschulen oder ähnlichen Bildungseinrichtungen zu lernen. Dies wäre nicht besonders kostspielig, da es viele aktive Senioren gibt, die aufgrund ihrer beruflichen Erfahrungen leicht zu Lehrern ausgebildet werden könnten.

Gleichzeitig würde das Interesse der älteren Generation an der Politik allgemein erhöht werden. Senioren hätten darüber hinaus genügend Zeit, sich mit Details zu beschäftigen und im Freundes- oder Familienkreis ihr neu erworbenes Wissen preiszugeben. Sie bekämen dadurch eine Art Leuchtturmfunktion.

Wer das Funktionieren und den Aufbau eines Staates nicht kennt, kann leicht von populistischen Gruppen und Boulevardmedien manipuliert werden. Die oftmals gezielte Vermischung der Wahlen auf verschiedenen Ebenen ist hierfür ein gutes Beispiel.

Es liegt aber auch an den Politikern selbst, sich mehr den Sachthemen zu widmen und sich nicht gegenseitig verbal abzuwerten. Gleichzeitig sollten die Abgeordneten durchaus zugeben, dass sie nicht alles wissen und dass aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse immer wieder Kompromisse notwendig sind.

Glaubwürdigkeit ist nämlich eine Voraussetzung für die Verbesserung des derzeit schlechten Images der Politik.

Unrealistische Versprechen

Der Politiker macht sich unglaublich, wenn er bei Wahlen alles verspricht, wobei er schon vorher weiß, dass seine Partei bestenfalls ein Drittel aller Wählerstimmen erhält und in einer Demokratie die Entscheidung in der Regel von der Mehrheit getroffen wird. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn sich nach der Wahl der Bürger von der Politik wieder abwendet, da die unrealistischen Wahlversprechen nicht erfüllt werden können.

Alles in allem gesehen ist der politisch gebildete Bürger längerfristig der beste Garant für das Funktionieren und die Weiterentwicklung des demokratischen Systems, das für unsere Gesellschaftsform alternativlos ist.

E-Mail an: debatte@diepresse.com

DER AUTOR



Prof. Dr. Werner Zögernitz ist Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratietragen in Wien. Als langjähriger Parlamentsklubdirektor kennt er die Parlaments- und Regierungsarbeit in Theorie und Praxis. Er ist u. a. Autor bzw. Koautor der Standardkommentare zu den Geschäftsordnungen der beiden parlamentarischen Kammern in Österreich (Bundesrat und Nationalrat) sowie zum Parteiengesetz 2012. (P)w

gleichgeschlechtliche Paare) als unzureichendes Mittel zur Beseitigung der gegen Art. 7 B-VG verstoßenden Diskriminierung erkannt wurde, ist über jeden Zweifel erhaben, dass die spiegelgleiche einseitige Öffnung der EP für alle (bei gleichzeitiger Beschränkung der Ehe für verschiedengeschlechtliche Paare) ebenso klar verfassungswidrig ist.

Mag. Bernhard Hirsch, MSc, 1200 Wien

Priorität sind Bedürfnisse der Kinder

Ich stimme Herrn Kresbach und Herrn Leidenfrost vollinhaltlich zu. Wir als Gesellschaft tragen eine Verantwortung. Und zwar in erster Linie für das Wohl der Kinder; deren Bedürfnisse müssen Priorität haben. Genau darin liegt der Sinn der Ehe und ihrer juristischen Sonderstellung. Die Ehe baut auf der Unterschiedlichkeit der Geschlechter auf. Diese Ordnung soll unbedingt bleiben, auch gerade angesichts der zeitgeistbedingten Willkür. Es ist nicht einzusehen,

dass wegen der lautstarken Forderung einer Minderheit das traditionelle Familiensystem unserer Gesellschaft preisgegeben werden soll. Es besteht kein Zweifel daran, dass der heutige Mensch in Europa verstandesmäßig gebildet genug ist, zu differenzieren.

Eine Öffnung der Ehe ist nicht notwendig, denn die Rechte und Pflichten von homosexuellen Paaren können und sollen auf den anderen möglichen Wegen geregelt werden.

Renate Schinner, 1210 Wien

25 Jahre Flugbeziehung

„Ich verstehe Glawischgnig nicht“, von Hellin Jankowski, 8.9. Ist ja schön, wenn sich Frau Lunacek trotz ihres politischen Versagens so löblich selbst darstellen kann. Aber eine permanente multikulturell schöngefärbte 25-jährige Fernbeziehung, also: Flugbeziehung „zwischen Brüssel, Lima, Wien“, da man genug Geld einstreift, das ökologisch Verantwortungsloseste, was mir

QUERGESCHRIEBEN

VON KARL-PETER SCHWARZ



Was machen die Schweden so viel besser als die anderen Europäer?

Aus den besten Absichten erwachsen oft die schlimmsten Fehler. Es kommt darauf an, wie rasch sie korrigiert werden. Darin sind die Schweden Weltmeister.

Ein schwedischer Ökonom soll den amerikanischen Nobelpreisträger Milton Friedman einmal stolz auf die Vollbeschäftigung in seiner Heimat hingewiesen haben. Das sei ja interessant, sagte Friedman, denn unter den Schweden, die in den USA lebten, gebe es auch keine Arbeitslosigkeit.

Nima Sanandaji ist ein kluger Analytiker der skandinavischen Gesellschaften. Er entstammt einer kurdischen Familie, die 1979 nach Schweden migrierte. Sanandaji schreibt den Erfolg der Schweden nicht dem Sozialstaat und seinen Institutionen zu, sondern ihrer kulturellen Prägung: dem gegenseitigen Vertrauen

und dem sozialen Zusammenhalt, der Selbstverantwortung, dem Respekt vor dem Privateigentum, der Arbeitsmoral und der Sparsamkeit („Debunking Utopia – Exposing the Myth of Nordic Socialism“, 2016).

Woher rühren diese Vorzüge? Bis ins 19. Jahrhundert war Schweden ein bitterarmes Agrarland. Anders als in Mitteleuropa gab es dort jedoch kaum Leibeigenschaft, die freien Bauern arbeiteten auf eigene Rechnung. Was sie erwirtschafteten, konnten sie behalten. Unter den kargen klimatischen und geografischen Bedingungen gediehen die Tugenden der harten Arbeit und der persönlichen Verantwortung. Um überleben zu können, waren die Bauern auf gegenseitige Hilfe in der Not angewiesen.

Diese Mentalität bewährte sich, als die um 1870 einsetzende Industrialisierung Schweden rasch in ein wohlhabendes Land verwandelte. Als die Sozialdemokraten in den 1930er-Jahren ihr Wohlfahrtsprogramm etablierten, gingen sie behutsam vor. Der Sozialstaat expandierte allmählich, gefährdete jedoch noch nicht die grundsätzliche kapitalistische Ordnung.

Erst in den 1970er-Jahren eine Generation überambitionierter linker Sozialingenieure die sozialdemokratischen Pragmatiker ablöste, ging es bergab. Eine exorbitante Besteuerung bei hoher Inflation führte dazu, dass Unternehmen sogar Geld verloren, wenn sie Gewinne erzielten. Neue Firmen wurden kaum noch

gegründet, der öffentliche Sektor blähte sich immer mehr auf. Allmählich veränderte sich die Mentalität der Bürger. Anfang der 1980er-Jahre meinten noch 82 Prozent der Schweden, der Missbrauch von Sozialleistungen sei unter keinen Umständen zu rechtfertigen, 2014 waren es nur noch 55 Prozent. Die Abhängigkeit vom Staat hat langfristige Folgen, schreibt Sanandaji. Eltern hören auf, ihre Kinder auf ein Arbeitsleben vorzubereiten. Der Sozialstaat wird zur Armutsfalle.

Zu den Vorzügen der schwedischen Gesellschaft gehört es, dass sie auf Fehlentwicklungen rasch reagiert. Die Wende erfolgte in den frühen 1990er-Jahren. Schweden reduzierte Steuern und Sozialleistungen, baute das Pensionssystem so um, dass es sich automatisch an die demografischen Veränderungen anpasst, öffnete Bildungs- und Gesundheitswesen dem Wettbewerb.

Die Rückkehr zu einem marktwirtschaftlichen Realismus machte sich bezahlt. Inzwischen liegen Wachstum und Beschäftigung seit Jahren deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Heute ist die Massenmigration die Mutter aller Probleme. Schweden gefiel sich lang in der Rolle einer moralischen Supermacht. 2010 entschied sich die Regierung für eine Politik der offenen Grenzen, und der Anteil der Migranten stieg seither auf fast 20 Prozent. „Wir nehmen viel zu viele Leute auf, und wir lassen sie im Stich“, kritisierte die konservative Kolumnistin Tove Lifvendahl, eine gebürtige Koreanerin.

Es gibt wenig Bedarf für unqualifizierte Arbeitskräfte, Immigranten sind im Schnitt fünf Jahre lang ohne Job. Ganze Stadtviertel sind heute Problemzonen. Doch die Schweden lernen rasch. Der relativ geringe Zuwachs der radikalen Schwedendemokraten bei den Wahlen am Sonntag hat seinen Grund darin, dass die Politiker die Bürger ernst genommen haben. Sie wollen keine Migranten mehr. Schweden hat die Schleusen der Massenmigration geschlossen.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zum Autor: Karl-Peter Schwarz war langjähriger Auslands-korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Mittel- und Südost-europa. Jetzt ist er freier Journalist und Autor (kairos.blog).

“Die Schweden wollen keine Migranten mehr: Das Land hat die Schleusen der Massenmigration geschlossen.“

Morgen in „Quergeschrieben“: Christian Ortner

untergekommen ist. Und zeigt, was aus Links-grün mittlerweile geworden ist.

Prof. Dr. Karl Kollmann, 2500 Baden

Basiswissen über alle Religionen

„Wer ist Allah? Was sagt Jesus?“, „Quergeschrieben“ von Sibylle Hamann, 12.9.

Frau Hamann spricht mir aus der Seele! Religionen beeinflussen das Denken und Verhalten vieler Menschen und geben vielen psychische Stabilität, sind aber auch Ursache vieler Probleme. Sie sind also ein sehr wichtiger Faktor in unserer Gesellschaft. So wie man Grundkenntnisse z. B. in Geschichte oder Philosophie haben sollte, sollte man auch Basiswissen über alle Religionen haben.

Verpflichtender staatlicher Religionsunterricht, ev. verbunden mit Ethikunterricht, sollte Kenntnisse über diverse Religionen vermitteln. Die Vermittlung eingehender Glaubensinhalte, religiöser Vorschriften und die Anleitung zu

religiöser Lebensführung ist aber Aufgabe der Religionsgemeinschaften. Wer auch mit der Geschichte und den Glaubensinhalten anderer Religionen vertraut ist, ist weniger anfällig für Aufhetzung und radikale Aktivitäten.

Dr. Karl Weichselbaumer, 4184 Helfenberg

Zehntausende Kinder negativ betroffen

„Regierung will nur noch Sommerzeit“, 1.9.

Dass die Folgen der Zeitumstellung übertrieben dargestellt werden, ist schon allein dadurch evident, dass Millionen Mitteleuropäer jährlich zu Urlaubsdestinationen aufbrechen, die mindestens eine Stunde Zeitverschiebung zu Europa haben. Interessanterweise fallen die Urlauber an den Zielorten nicht komplett desorientiert, depressiv oder gar dem Tode nahe aus den Flugzeugen!

Permanente Sommerzeit hat in Österreich zur Folge, dass in den Wintermonaten 10.000e Kinder um mindestens zwei Monate län-

ger in Dunkelheit den Weg zu Schule antreten müssen. Bisher waren Dezember, Jänner die „dunklen“ Monate. Mit der permanenten Sommerzeit ist dieser verkehrstechnisch ungünstige Zustand mindestens von November bis Februar. Ich bitte Sie, Öffentlichkeit und Regierung über diese zusätzlichen Gefahren aufzuklären und für die Beibehaltung der jetzigen – sinnvollen! – Regelung einzutreten.

Gert Hofstätter, 9330 Althofen

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischoff

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriebe:

Henriette Adigian, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriebe@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriebe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.